

Palästinenser ausgeschlossen

US-Präsident will »Friedensplan« für Nahost durchsetzen. Opfer von Krieg und Besatzung sollen nicht mitreden. **Von Karin Leukefeld**

Als kürzlich US-Präsidentenberater Jared Kushner und der Nahostbeauftragte des US-Außenministeriums, Jason Greenblatt, durch mehrere Länder der Region reisten, ging es um einen neuen »Nahostfriedensplan«, der den »hundertjährigen Krieg« um Palästina beenden soll. Israel, Jordanien, Ägypten und Saudi-Arabien standen auf dem Reiseplan der US-Emissäre, nicht aber Ramallah, wo der Sitz der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) ist. Die Botschaft: Die Palästinenser haben nichts mitzureden bei dem »Friedensplan«, den US-Präsident Donald Trump als »Jahrhundertdeal« anpreist. Frieden, das Recht der Palästinenser auf ihr Heimatland, die Rückkehr der 1948 von Israel Vertriebenen, die völkerrechtlich bindenden Resolutionen auf denen die Palästinenser bestehen, sind nicht Gegenstand der Verhandlungen. Es geht um Geschäfte.

»The Art of the Deal« heißt ein Buch, das Donald Trump 1987 veröffentlichte. Auf deutsch wurde der Titel irreführend mit »Die Kunst des Erfolges« übersetzt. Tatsächlich geht es um die »Kunst«, Geschäfte zu machen, die Trump reich machte und die er als Präsident auch in der Politik umsetzen will.

Konkret soll Israel ein »jüdischer Staat« werden und 60 Prozent der besetzten palästinensischen Gebiete im Westjordanland annektieren. Saudi-Arabien, Jordanien und Ägypten sollen sich um die heimatlosen und entrechteten Palästinenser kümmern. Ein Staat Palästina ist nicht explizit vorgesehen, wird aber auch nicht ausgeschlossen. Fraglich ist allerdings, ob der Siedlerstaat Israel mit dem anhaltenden Bau illegaler Siedlungen noch Land dafür übriglässt.

Bis Ende 2018 soll Israel zwischen zehn und 15 Prozent der Siedlungen im besetzten palästinensischen Westjordanland annektieren, so der Plan. Weitere 25 Prozent des okkupierten palästinensischen Bodens – Ostjerusalem und das Jordantal, das Israel aus Gründen der »nationalen Sicherheit« kontrollieren will – sollen ebenfalls dem israelischen



Mohammed Al-Hamaida trauert am 29. Juni in einem Krankenhaus in Gaza um einen von israelischen Soldaten erschossenen Angehörigen

Territorium zugeschlagen werden. Eine Verbindung zwischen dem Westjordanland und dem Gazastreifen ist nicht vorgesehen. Damit würden in Zukunft rund 60 Prozent der besetzten palästinensischen Gebiete von einem »jüdischen Staat« Israel kontrolliert.

Das restliche Land in den Gebieten, die von der israelischen Besatzungsmacht als A und B bezeichnet werden, soll eine »entmilitarisierte« Zone und möglicherweise zum »Staat Palästina« werden. Diesem würde nur eine Polizeitruppe, keine Armee erlaubt. Das Recht auf Rückkehr der rund fünf Millionen Palästinenser soll die PLO aufgeben. Abu Dis, ein Ort vor den Toren von Jerusalem, wo 1990 das Parlament der Palästinenser gebaut, aber nie benutzt wurde, soll palästinensische Hauptstadt werden.

Im Dezember 2017 wurde Jerusalem als »ewige Hauptstadt eines jüdischen Staates Israel« von den USA anerkannt. Im Mai 2018, rechtzeitig zum 70. Grün-

dungstag Israels – dem 70. Jahrestag der palästinensischen Vertreibung (Nakba) –, zog die US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem um.

Mit militärischer Repression, Vertreibung und eigenen Gesetzen sorgt Israel dafür, dass das Völkerrecht weiter ausgehebelt wird. Einer Besatzungsmacht ist der Bau von Häusern oder Wohnungen im besetzten Territorium völkerrechtlich untersagt. Doch seit Beginn der Besatzung 1967 wurden mehr als 600.000 israelische Siedler im okkupierten palästinensischen Westjordanland in rund 200 illegalen Siedlungen angesiedelt, die Israel im Rahmen seiner nationalen Rechtsprechung anerkannte. Palästinensische Häuser werden weiter zerstört, Menschen vertrieben, palästinensisches Land wird beschlagnahmt.

Seit Anfang 2017 – dem Beginn der US-Präsidentschaft von Donald Trump – wurde der Bau von rund 15.000 Wohneinheiten in den von Israel besetzten palästinensischen Gebiete be-

schlossen. Am 4. Juli 2018 teilte die israelische Planungsbehörde dann mit, weitere 1.064 neue Wohneinheiten für jüdische Siedler im besetzten Ostjerusalem zu bauen, um die illegale Siedlung Pisgat Zeev zu erweitern.

In der israelischen Knesset wird aktuell ein Gesetzentwurf diskutiert, der israelischen und anderen Juden den Kauf von besetztem palästinensischen Boden genehmigen soll. Der von der Jüdischen Heimatpartei »Ha-Bajit Ha-Jehudi« vorgelegte Entwurf soll die »jüdischen Eigentumsrechte in Judäa und Samaria« stärken. »Judäa und Samaria« lautet die offizielle israelische Bezeichnung für das besetzte Westjordanland. Ein Gesetz aus dem Jahr 1953 sieht vor, dass nur jordanische und arabische Personen in den okkupierten Territorien Land kaufen dürfen. Seit den 1970er Jahren gibt es allerdings eine Art »Schlupfloch« für jüdische Käufer, indem sie durch eine in den besetzten Gebieten registrierte Firma Land kaufen konnten.

■ Seit Trumps Amtsantritt klingeln in den USA, Israel und arabischen Staaten die Kassen

Benjamin Netanjahu sieht sich auf der Überholspur. Der israelische Ministerpräsident hat im Weißen Haus gute Freunde, die seinen Plan von der endgültigen Erniedrigung der Palästinenser, einem Krieg gegen den Iran und der Ausweitung israelischer Herrschaft im Mittleren Osten als »Jahrhundertgeschäft« unterstützen. Mit von der Partie sind der saudische Kronprinz Mohammed bin Salman und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE). Auf Jordanien und Ägypten wird – mit Geld und Drohungen – Druck ausgeübt, sich dem neuen Bündnis anzuschließen. Für Milliarden Dollar schwere Rüstungsgeschäfte und eine engere geheimdienstliche und militärische Zusammenarbeit mit Israel und den USA sollen die Palästinenser verkauft werden. Israel, Saudi-Arabien und die VAE mobilisieren und bewaffnen ihre Länder für einen Krieg gegen den Iran. In den USA klingeln die Kassen.

Mit Riad sind die USA gut im Geschäft. Waffenverkäufe im Wert von 110 Milliarden US-Dollar wurden 2017 abgeschlossen. Bei seinem Besuch in den USA im März/April 2018 erklärte

der Kronprinz, Saudi-Arabien erwäge, 400 Milliarden US-Dollar in den USA zu investieren. Noch vor seiner Rückreise wurde von Washington der Verkauf von 180 Haubitzen im Wert von 1,3 Milliarden US-Dollar genehmigt.

Auch mit den VAE ist Washington gut im Geschäft. Alle zwei Jahre richten die Emirate in Abu Dhabi mit der »IDEX« die weltweit größte Rüstungsmesse aus, bei der US-Konzerne prominent vertreten sind. Die VAE haben die USA bei den Kriegen in Afghanistan, Somalia, in Bosnien/Kosovo, im Golfkrieg 1990 gegen den Irak und in der Koalition gegen den »Islamischen Staat« unterstützt. Heute sind sie zu einer Art westlichem Stützpunkt am Golf geworden.

Hervorragend laufen die Geschäfte ohnehin zwischen Israel und den USA. 2017 erhielt Israel 3,775 Milliarden Dollar Hilfe für Militär, Wirtschaft und Raketenabwehrsysteme. Seit 2010 kaufte Israel von den USA 50 Kampffjets vom Typ »F-35«, der Herstellerfirma Lockheed Martin erteilte Israel für die Herstellung von dazugehörigen Komponenten im vergangenen Jahr einen

Auftrag im Wert von einer Milliarde US-Dollar.

Nicht nur die großen US-Rüstungsfirmen profitieren von der Trumpschen »Kunst, Geschäfte zu machen«. Trump-Schwiegerson Jared Kushner und seine Familie sind tief in Geschäfte mit Israel verstrickt. Netanjahu ist ein alter Freund von Charles Kushner, einem Immobilienmakler und Gründer der Kushner Companies. Charles ist zudem der Vater von Jared Kushner, in dessen Kinderzimmer Netanjahu früher bei Besuchen der Kushner-Familie übernachtete. 2009 heiratete Jared Kushner Ivanka Trump, Tochter und politische Beraterin des heutigen US-Präsidenten.

Die Kushners sind modern-orthodoxe Juden und fühlen sich Israel besonders verbunden. Die Kushner Companies finanzieren den Siedlungsbau in den besetzten Gebieten, spenden an religiöse Einrichtungen in Siedlungen und an die israelische Armee. Umgekehrt werden ihre Firmen mit Geld von israelischen Versicherungs- und Finanzunternehmen versorgt. Im Mai 2017 erhielten die Kushner Companies rund 30 Milliarden

US-Dollar von der Versicherungsfirma Minora Mivtachim (Sitz: Tel Aviv-Jaffa).

Im Frühjahr 2016, im Rahmen des Präsidentschaftswahlkampfes, lernte Jared Kushner den israelischen Botschafter in Washington, Ron Dermer, kennen. Dieser machte keinen Hehl daraus, dass sein Land den Kandidaten Trump unterstützte. Die Kontakte vertieften sich, und Dermer und Kushner stimmten rasch darin überein, dass der Iran geschwächt werden müsse, um die Beziehungen zwischen Israel und den Golfstaaten zu stärken.

Trump kündigte einseitig das Atomabkommen mit dem Iran, sein neuer Sicherheitsberater John Bolton diskutierte mit israelischen Finanz- und Geheimdienstexperten, welche neuen Wirtschaftssanktionen gegen den Iran verhängt werden sollten. Syrien wurde als erste Angriffslinie gegen den Iran markiert. Mitte Mai gab Netanjahu im Fernsehsender Fox die Parole für alle aus: »Unter der Führung von Präsident Trump sollten wir uns alle vereinen und Iran aus Syrien hinauswerfen.«

Karin Leukefeld

■ Hintergrund Jüdischer Nationalfonds

Der Keren Kajemet le-Israël, der Jüdische Nationalfonds (JNF), wirbt dafür, Land für eine »nachhaltige Zukunft Israels« zu entwickeln: »Einen Baum in Israel zu pflanzen ist die perfekte Art, Ihre Angehörigen zu ehren und gleichzeitig Israel grüner zu machen und die globale Umwelt zu verbessern.«

Der Fonds wurde auf dem 5. Zionistischen Weltkongress 1901 in Basel gegründet. Der erste vom JNF gesponserte Wald wurde 1905 angepflanzt und nach dem Gründer der zionistischen Bewegung »Theodor-Herzl-Wald« genannt.

In eigenen Worten beschreibt der Fonds seine Ziele folgendermaßen: Der JNF »unterstützt zionistische und Umweltbildung, festigt Verbindungen zwischen dem jüdischen Volk und seiner Heimat, stellt Verbindungen mit Menschen her, die Israel lieben.«

Ende Mai 2018 besuchte der Bundestagsabgeordnete Dietmar Bartsch, einer von zwei Fraktionsvorsitzenden der Partei Die Linke im Bundestag, Israel, um seine Solidarität zu zeigen. Anlass war der 70. Jahrestag der Staatsgründung. Bartsch nahm an einer »sicherheitstechnischen Anpflanzung« im Kibbuz Sufa teil, der nur knapp zwei Kilometer vom palästinensischen Gazastreifen entfernt liegt. Der Sufa-Gaza-Grenzübergang ist geschlossen. Bartsch pflanzte einen Baum und sagte, er freue sich, »einen kleinen konkreten Beitrag zum Aufbau Israels zu leisten, der dem Gedeihen des Landes und der Wirkung seiner Sicherheit dient«. Der JNF bezeichnet die »sicherheitstechnischen Anpflanzungen« als »natürlichen Schutz gegen den Terror«. Die Bäume sollten verhindern, dass aus dem Gazastreifen auf die Siedlung geschossen werde.

Tatsächlich wird von Israel aus in den Gazastreifen hineingefeuert. Als Bartsch Israel seine Solidarität bezugte, hatten die Leute aus Gaza bereits wochenlang am Grenzzaun für ihr »Recht auf Rückkehr« demonstriert. Eine Rückkehr, die Israel seit der Staatsgründung 1948 – die auf geraubtem palästinensischem Territorium vollzogen wurde – verhindert.

Nach Angaben des UN-Büros für die Koordination von Nothilfe (OCHA) wurden bis Anfang Juni bei den wochenlangen Protesten, die Ende März 2018 begonnen hatten, 123 Palästinenser von israelischen Soldaten und Scharfschützen ermordet und 14.000 Demonstranten verletzt. Mehr als 1.000 Verletzte hatten bis zu fünf Kugeln im Körper. Auf israelischer Seite wurde laut OCHA ein Soldat »leicht verletzt«. Allein bei Sufa, wo Bartsch einen Baum zum Schutz vor palästinensischen »Geschossen, Raketen und Mörserbomben« pflanzte, wurden bei den Protesten 13 Palästinenser von der israelischen Armee erschossen. (kl)